

Nachtrag III zum Abwasserreglement

Geltendes Recht	Arbeitsversion
	Nachtrag III zum Abwasserreglement vom 26. April 2005
	I.
	Der Erlass SRS 543.1 (Abwasserreglement vom 26. April 2005) (Stand 1. Juli 2011) wird wie folgt geändert:
	4.1 Abwasserentsorgung
<p>Art. 23 Bemessungsgrundsätze</p> <p>¹ Die städtischen Aufwendungen für die Abwasserentsorgung sollen mittelfristig wie folgt finanziert werden:</p> <p>a) die Erschliessungsinvestitionen: durch den Anschlussbeitrag gemäss Art. 15 und Art. 16 Abs. 2;</p> <p>b) die Hälfte der Aufwendungen für die öffentliche Kanalisation (einschliesslich Bauwerke und Verwaltungskosten): durch die Entwässerungsgebühr;</p> <p>c) die andere Hälfte der Aufwendungen für die öffentliche Kanalisation sowie die Aufwendungen für die Abwasserreinigungsanlagen: durch die Schmutzwasser-gebühr und den bei Wertvermehrung zu leistenden Gebäudebeitrag gemäss Art. 16 Abs. 1;</p> <p>d) die Aufwendungen für die Abwasserentsorgung ausserhalb der Bauzone: durch die zurechenbaren Anschlussbeiträge, die Gebühren für den Bau privater Anschlusskanäle sowie den allgemeinen Haushalt.</p>	<p>d) die Aufwendungen für die Abwasserentsorgung ausserhalb der Bauzone: durch die zurechenbaren Anschlussbeiträge, die Gebühren für den Bau privater Anschlusskanäle sowie den allgemeinen Haushalt;</p> <p>e) die Einlagen in den Fonds zur Förderung von ökologischen Massnahmen zum Gewässerschutz durch die Entwässerungsgebühr.</p>
	4.2 Fonds zur Förderung von ökologischen Massnahmen zum Gewässerschutz

Geltendes Recht	Arbeitsversion
	<p>Art. 23a Grundsatz</p> <p>¹ Die Stadt führt einen Fonds zur Förderung von ökologischen Massnahmen zum Gewässerschutz.</p> <p>² Der Stadtrat bestimmt die Fondsverwaltung.</p>
	<p>Art. 23b Finanzierung des Fonds</p> <p>¹ Der Fonds wird durch jährliche Einlagen von höchstens CHF 500'000 finanziert, welche der Spezialfinanzierung Siedlungsentwässerung entnommen und als Budgetkredit im Rahmen des Voranschlags beschlossen werden.</p>
	<p>Art. 23c Geförderte Massnahmen</p> <p>¹ Gefördert werden Massnahmen, die mindestens eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none">a) Überführung eines Mischsystems an bestehenden Liegenschaftsentwässerungen in ein Trennsystem im Zusammenhang mit einem öffentlichen Projekt zur Einführung eines Trennsystemgebiets;b) ökologische Massnahmen im Zusammenhang mit der Schliessung des Wasserkreislaufes;c) weitere Massnahmen, durch die erforderliche Investitionen für den Ausbau öffentlicher Abwasseranlagen vermieden oder erheblich reduziert werden können. <p>² Der Stadtrat legt in diesem Rahmen die konkreten Fördertatbestände fest.</p>
	<p>Art. 23d Sachliche Voraussetzungen</p> <p>¹ In sachlicher Hinsicht müssen zur Förderung einer Massnahme alle folgenden Voraussetzungen erfüllt sein:</p>

Geltendes Recht	Arbeitsversion
	<p>a) die Massnahme wird auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen ausgeführt;</p> <p>b) Projektierung und Ausführung entsprechen dem aktuellen Stand der Technik;</p> <p>c) mit der Realisierung wird erst nach Erlass der Beitragsverfügung oder nach Erteilung einer Ausnahmegewilligung der Fondsverwaltung begonnen.</p> <p>² Massnahmen werden nur gefördert, sofern und soweit sie über gesetzliche oder behördlich verfügte Vorschriften hinausgehen, die zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs gelten.</p> <p>³ Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Beiträgen. Deren Ausrichtung ist beschränkt auf die im Fonds enthaltenen Mittel und erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs des vollständigen Gesuchs.</p>
	<p>Art. 23e Bemessung der Beiträge</p> <p>¹ Der Stadtrat legt die Beiträge nach ihrem ökologischen Nutzen fest. Er kann Maximalbeiträge und Pauschalen festlegen.</p>
	<p>Art. 23f Rückforderung von Beiträgen</p> <p>¹ Beiträge werden ganz oder teilweise zurückgefordert, wenn sie mittels unwahren Angaben erwirkt oder nicht dem beantragten Zweck entsprechend verwendet werden.</p> <p>² Zurückgeforderte Beiträge sind zu verzinsen. Der Zinssatz entspricht dem Verzugszins des kantonalen Steuerrechts.</p>
	<p>4.3 Gemeinsame Bestimmungen</p>
<p>Art. 26 Verjährung</p> <p>¹ Für die Verjährung der in diesem Reglement vorgesehenen Abgaben gelten sinngemäss die Bestimmungen und Verjährungsfristen des kantonalen Steuerrechts.</p>	

Geltendes Recht	Arbeitsversion
	<p>² Die Auszahlung von Beiträgen aus dem Fonds zur Förderung von ökologischen Massnahmen zum Gewässerschutz verjährt zwei Jahre nachdem die zuspreekende Verfügung in Rechtskraft erwachsen ist.</p> <p>³ Die Rückforderung von Beiträgen aus dem Fonds zur Förderung von ökologischen Massnahmen zum Gewässerschutz verjährt zwei Jahre, nachdem die Fondsverwaltung vom Grund für die Rückforderung Kenntnis erhalten hat, in jedem Fall aber fünf Jahre, nachdem der Beitrag ausbezahlt wurde.</p>
	II.
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>
	III.
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	IV.
	Dieser Nachtrag untersteht dem fakultativen Referendum. Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten.
	<p>St.Gallen, ...</p> <p>Die Präsidentin: Alexandra Akeret</p> <p>Der Ratssekretär: Manfred Linke</p>